

Er scheint 6 mal wöchentlich mit Wochensonderbeilagen „Heimat und Welt“ und der „Rheinischen Post“, sowie den Tagesbeilagen „St. Pauli“, „Unterhaltung und Wissen“, „Die Welt der Frau“, „Kunst und Kultur“, „Das gute Buch“, „Nacht und Tag“, „Wöchentliche Besprechung“ 3 A. einm. Beilagen. Einzelnummer 10 J. Sonntags- u. Feiertagsnummer 20 J. Hauptverleger: Dr. G. Debes, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Kreuzstraße 17, Postfach 10711
und 10712

Dresdens Flughafen gesperrt Was wird in Österreich?

Vorläufiges Landungsverbot für den regelmäßigen Flugdienst

Berlin, 9. Oktober.

Reichsverkehrsminister v. Guérard hat am Mittwoch nach Entgegennahme des Beschlusses, des aus Dresden zurückgekehrten Reichskommissars Regierungsrat Dahlmann angeordnet, daß die Flugzeuge der regelmäßigen Luftverkehrslinien bis auf weiteres im gegenwärtigen Dresdener Flughafen keine Landung vornehmen dürfen.

Ueber die Gründe, die zu dem Verbot geführt haben und über die näheren Einzelheiten wird im Laufe des heutigen Donnerstags eine ausführliche amtliche Darstellung veröffentlicht werden.

Dieser Beschluß der zuständigen Stelle ist auf die im Anschluß an die Katastrophe der D 1930 vorgenommenen Untersuchung zurückzuführen. Von der Wahrnehmung werden sowohl die Deutsche Luftfahrt als die Norddeutsche Verkehrsfluggesellschaft berührt. Die Linie Berlin—Prag—Wien wird vorläufig ohne Landung in Dresden durchgeführt. Die bayrischen von Nürnberg kommenden Flugzeuge, deren erstes Ziel Wien ist, werden ebenfalls künftig über Dresden fliegend ihre weiteren Etappen erreichen.

Man ist der Meinung, daß ein technischer Fehler an dem verunglückten Flugzeug D 1930 hinsichtlich der Konstruktion, des Materials, der Werkstoffarbeit, der Steuerung usw. nicht vorliegen haben dürfte. Aus den Zeugenaussagen und dem Bruchbefund wird vielmehr geschlossen, daß der Flugzeugführer wegen der besonderen Verhältnisse in Dresden mit einer sehr geringen Geschwindigkeit landen wollte, wobei zu bemerken ist, daß diese Messerschmitt-Maschine ein sehr gutes Schwabervermögen besitzt. In der Landeturm ist aber mit größter Wahrscheinlichkeit die Windbegrenze der Landegeschwindigkeit unterschritten worden, und dieser Umstand kam noch hinzu, daß zu der fraglichen Zeit am Montag morgen auf dem Dresdener Flugplatz die dort häufigen starken horizontal- und vertikalen Böen besonders heftig auftraten. So ist das Flugzeug infolge der geringen Geschwindigkeit in der Kurve und wahrscheinlich infolge einer plötzlichen Wie in eine seitliche Drehbewegung geraten. Da die Flughöhe in diesem Augenblick nur noch ca. 400 Meter betrug, hatte der Pilot nicht mehr die Möglichkeit, das ins Trudeln geratene Flugzeug rechtzeitig abzufangen, und so kam es zu dem bedauerlichen Unfall.

Die Dresdener zuständigen Stellen sind, verschiedenen Meldungen zufolge, über die Ursache der Katastrophe zum Teil sehr abweichender Ansicht. Man hält die bisher erschienenen Veröffentlichungen aus den Kreisen der Untersuchungskommission mindestens für verfrüht. Das verunglückte Flugzeug ist eine neue Messerschmitt-Maschine älteren Typus gewesen, die von der Versuchsanstalt für Luftfahrt erst im September abgenommen worden war; sie hat an dem Unfalltag ihren ersten planmäßigen Passagierflug unternommen. Nach dem „Berliner Tageblatt“ soll bei der Uebernahme des Flugzeugs der mit dem Einfliegen betraute Pilot, nachdem er mehrere Probeflüge absolviert hatte, erklärt haben: der Motor arbeite außerordentlich hart und offenbar müsse auch der Propeller nicht zu dem Flugzeug. Vor allem habe das Flugzeug in diesem Zustande während des Fluges dezentrierte Erschütterungen auszuhalten gehabt, daß es unbedingt notwendig sei, gewisse Änderungen vorzunehmen.

Der Beschluß des Reichsverkehrsministers hat in der sächsischen Landeshauptstadt starke Entrüstung hervorgerufen. Der Beschluß wurde in einer Versammlung bekannt, an der zahlreiche Behördenvertreter teilnahmen. Sie waren sich darin einig, daß alles getan werden müsse, um diesen Schlag vom Dresdener Flugverkehr abzuwenden. Sie haben daher, wie wir erfahren, beschlossen, noch heute eine Besprechung abzuhalten, in der über die vom Freistaat Sachsen bzw. von der Stadt Dresden zu erzielenden Schritte beraten werden soll. An dieser Besprechung nehmen Vertreter des Finanzministeriums, des Wirtschaftsministeriums und des Stadtrats teil.

Grundsätzlich ist man in Dresden bereit, alles Denkbare zu tun, um die Sicherheit des Dresdener Flugplatzes zu verbessern und zu gewährleisten.

Man will daher etwaigen Forderungen auf Vergrößerung des Flugplatzes und auf Niederlegung einiger benachbarter Flächen entgegenkommen; nur die Geldfrage macht bezeichnenderweise einige Schwierigkeiten. Im übrigen allerdings weiß man in Dresden davon hin, daß auf dem Flugplatz viele Tausende von Landungen ohne jeden erspürten Unfall vorgenommen worden sind. Auch muß vor allem untersucht werden, ob die Kritik des Berliner Tageblatts an dem Zustand des Unglücksflugzeugs, das bekanntlich der Einflieger für unbrauchbar erklärte, berechtigt war. Die verantwortliche Vernehmung des Einfliegers dürfte hierüber Klarheit schaffen. Endlich sieht man eine Ursache des Unglücks auch darin, daß Flugkapitan Pöhl in die Linien nur zu spät was gegangen sein soll, ein Fehler, der eine Hauptursache des schweren Unglücks gewesen sein dürfte.

Nach alledem hofft man, daß der Beschluß des Reichsverkehrsministers nicht endgültig ist. Es muß vorläufig auch als ein höchst merkwürdiger und unerfreulicher Zustand bezeichnet werden, daß nach der größten sächsischen Stadt, Leipzig, nun auch die sächsische Landeshauptstadt keinen eigenen Flugverkehr mehr hat. Die Sperrung des Dresdener Flugplatzes erstreckt sich nicht nur auf die internationale Linie Berlin—Dresden—Prag—Wien, sondern auf sämtliche Dresden berührenden Fluglinien, also auf die Strecken Plauen—Dresden, Dresden—Cottbus und Breslau—Dresden—Leipzig—Westdeutschland.

Die Frage, ob der gegenwärtige Flughafen in Dresden aufgegeben werden muß und ob dafür, wie da namentlich die technischen Sachverständigen der Luftfahrt angeregt haben, an anderer Stelle der Stadt bessere und vor allen Dingen räumlich größere Landemöglichkeiten geschaffen werden, die auch den großen Verkehrsmaschinen ein volles Auskommen gestatten, wird sich erst beantworten lassen, wenn das offizielle Kommando des Reichsverkehrsministeriums vorliegt.

Die sächsische Regierung hat inzwischen die Berliner Behörde beauftragt, nähere Erkundigungen einzuziehen und muß sich weitere Entscheidungen vorbehalten.

Die Leichen der Insassen des verunglückten Flugzeugs D 1930 sind nunmehr freigegeben worden. Die Leiche der Gattin des Flugleiters der Luftfahrt in Sofia, Gräfe, wird am Freitag eingeliefert. Die Leichen Dr. Kühnelt und des Kaufmanns Fildes werden nach Wien bezw. Budapest überführt werden. Ob die übrigen drei Toten, der Pilot Pöhl, der Bordmonteur Lange und der Angestellte Knittel, in Dresden beiseite- oder in ihre Heimatorte überführt werden, steht noch nicht fest.

Was wird in Österreich?

Am 9. November finden die Wahlen in das österreichische Parlament statt. Es wird an diesem Tage die große Entscheidung über die innerpolitische Zukunft Österreichs fallen, eine Entscheidung darüber, ob das Völkertum oder die Linke berufen sein soll, die Geschichte des Landes zu lenken. Im Nationalrat, der vor wenigen Tagen über Antrag der Regierung Vaugoin vom Bundespräsidenten aufgelöst wurde, bestand folgendes Stimmenverhältnis: die drei bürgerlichen Parteien verfügten — zu einer Koalition zusammengeschlossen — über 94 Sitze, davon 73 die Christlichsozialen, 12 die Großdeutschen und 9 der Landbund. Die sozialdemokratische Opposition zählte 71 Mandate. Andere Parteien waren nicht vertreten. Der 9. November wird folgende Gruppen einander gegenübersehen: auf der Rechten die Christlichsozialen im Bunde mit der Heimwehr, der Heimatblock (der selbständige Wahlkörper der Heimwehr), die bürgerlichen Mittelparteien unter Führung des letzten Bundeskanzlers Dr. Schöber, der Landbund und die Nationalsozialisten der Hitlerrichtung; die Linke sieht die einige Front der Sozialdemokraten auf dem Plan, neben ihnen die Kommunisten, die diesmal eigene Kandidaten aufstellen. Dem unter Dr. Schöber stehenden Wahlblock gehören die Großdeutschen an, die, ähnlich wie die Demokraten in Deutschland, unter neuer Fahne um ihre Mandate kämpfen. Der Landbund beabsichtigt nur in Wien, wo er allerdings über eine unbedeutende Stimmenzahl verfügt, mit dem Schöber-Block zu gehen, in den Ländern aber allein aufzutreten, was also praktisch einer selbständigen Wahlwerbung gleichkommt. Außer den genannten gibt es noch fast ein Duzend völlig aussichtsloser Splitterparteien, die sich aber teilweise der Führung Schöbers unterstellen dürften.

Die Entscheidung in diesem Wahlkampf liegt bei den beiden großen Gruppen, den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten. Während nun die Linke in der alten Form in die Wahlen geht, haben die Christlichsozialen einen Bund mit der Heimwehr geschlossen, deren erster Führer, Fürst Starhemberg, nebst einem Unterführer dem Kabinett Vaugoin angehört. Das Zusammengehen der Christlichsozialen und Heimwehr erregt weit über die Grenzen hinaus allgemeines Interesse und es ist daher angebracht, eine Darlegung des tatsächlichen Verhältnisses der beiden Gruppen zu geben.

Die Christlichsoziale Partei hat die Politik der Heimwehr als eines staatsverhaltenden Elementes von Anfang an mehr oder weniger aktiv unterstützt. Nun ist die Lage der Heimwehr in dem Augenblick, als sie das rein negative Programm, Bekämpfung des Marxismus, infolge ihres stürmischen Aufstieges verlassen mußte und nach staatspolitischen Formulierungen suchte, ein Versuch, wie man ihn in dem sogenannten Korneuburger Programm sah, schwieriger geworden. Die Heimwehr, ein militanter, disziplinierter Körper, besteht aus Angehörigen der Christlichsozialen Partei, der Großdeutschen, des Landbundes und der Nationalsozialisten sowie aus bürgerlichen Elementen, die der Meinung sind, daß es für Österreich von Nutzen und Vorteil wäre, die sozialdemokratische Opposition auf den Rang einer Partei, wie sie die übrigen darstellen, herabzudrücken. Solange diese allgemeine These die Grundlage der Heimwehrtätigkeit bildete, gab es keine inneren Meinungsverschiedenheiten. In dem Augenblick aber, als man staatsrechtliche Formulierungen suchte, mußten zwischen den einzelnen politischen Gruppen dieser überparteilichen Formation Meinungsverschiedenheiten austauschen, ohne daß dies allerdings eine Gefährdung für den Bestand der Heimwehr bedeutete. Die Führung der Heimwehr hatte vor kürzerer Zeit Fürst Starhemberg aus den Händen des Tiroler Landesführers Dr. Steidle übernommen und der neue Bundesführer und gegenwärtige Minister sah sich jetzt vor der Aufgabe, die schwierige Frage über das Verhalten der Heimwehr in dem schon begonnenen Wahlkampf zu lösen. Hierüber sind noch keine letzten Entscheidungen gefallen. Die Meinung, daß die Heimwehr als eigener Körper in den Wahlkampf gehen müßte, scheint sich nicht völlig durchdringen zu können, dies wohl auch aus dem Grunde, da die in der Heimwehr vertretenen Angehörigen der verschiedenen Parteien ihre bisherigen Parteiverbände verlassen müßten. Es heißt, daß die Heimwehr nur in Steiermark und Kärnten, wo besondere Verhältnisse, namentlich in der Arbeiterschaft, bestehen, eigene Kandidaten aufstellen wird. Diese Beschränkung ist aber nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, daß die nötigen Vorarbeiten für eine Wahlkampagne

Die Durchführung des Regierungsprogramms

30 neue Gesetze. Berlin, 9. Oktober.

Zur Durchführung des Wirtschafts- und Finanzplanes der Reichsregierung ist die Ausarbeitung und parlamentarische Verabschiedung einer großen Anzahl von Gesetzen erforderlich. In dieser Ausarbeitung der Gesetze wird gegenwärtig gearbeitet, die dann, bevor sie dem Reichsrat und dem Reichstag zugehen, noch das Kabinett passieren müssen. In Frage kommen etwa dreißig Gesetze.

An erster Stelle steht das Gesetz über den Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1931, das u. a. auch die Ermächtigung zur Aufnahme des Ueberbrückungskredits enthalten wird.

Es folgen dann das Schuldentilgungsgesetz für eine dreijährige Laufzeit, das Gesetz zur Kürzung der Gehaltsbezüge der Reichsbeamten, ein Gesetz zur Sicherung der Einsparungen bei den Beamtengehältern in den Ländern und Gemeinden, ferner ein Gesetz zur Anpassung der Haushaltsrechte der Länder und Gemeinden an die Grundzüge des Reiches, wozu auch die Schaffung einer unabhängigen Rechnungsprüfung bei den Gemeinden gehört, wei-

ter das endgültige Finanzausgleichsgesetz, ferner ein Gesetz über Ersparnismaßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege, ein Spargesetz zur Sicherung der Haushalte für Reich, Länder und Gemeinden, das sogenannte Pfandgesetz, durch das eine Erhöhung der Ausgaben für die Dauer dreier Jahre verhindert werden soll, das Gesetz zur Erhöhung der Tabaksteuer, die Gesetze zur Vereinfachung des Steuerrechts usw.

Keine Umbelegung des Kabinetts

Wiederholt sind Gerüchte aufgetaucht, die davon wissen wollten, daß der Reichszugler den Wünschen einiger rechtsstehenden Parteien nach einer Umbelegung des Kabinetts nachkommen wolle. Die Forderung der Parteien ging darauf hinaus, den Stresemann-Kurs des Reichsaußenministers auszuhalten, ebenso wie die verfassungsmäßige Innenpolitik Dr. Brücker. Wie wir dazu aus unterrichteten Kreisen hören, hat der Reichszugler nie auch nur den Gedanken erwogen, eine Umbelegung vorzunehmen, zumal dann die Gefahr besteht, daß die Frage des Gesamtkabinetts eine Lösung finden müßte.

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Mittwoch Reichszugler Brüning. Der Reichszugler erstattete Bericht über seine Verhandlungen mit den Parteiführern und über die Eindrücke, die er dabei gewonnen hat.

theater

1050

hel
raße 21
offe
offe
hänger